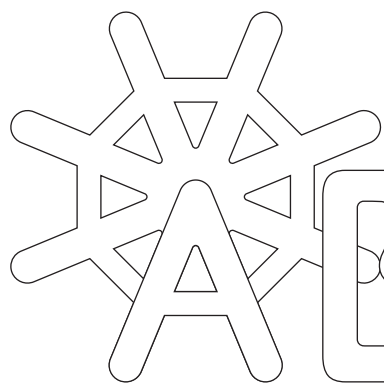




Nr. 876

Donnerstag 14. April 2022

Bulletin



KRIEG

Er ist eine der bekanntesten Figuren der Schweizer Friedensbewegung, war bereits in den späten 60-ern Sekretär des Schweizer Friedensrates, sass wegen Wehrdienstverweigerung acht Monate im Gefängnis, ging gegen den Vietnamkrieg und gegen den Bau von Atomkraftwerken auf die Strasse, setzte sich für unzählige Abrüstungsvorlagen und Waffenexportverbote ein, ist seit 40 Jahren Geschäftsführer des Friedensrates und produziert seit über 20 Jahren die „Friedenszeitung“. Der 70-jährige Peter Weishaupt ist also ein Experte für Gewaltfreiheit und Frieden. Doch der Angriff auf die Ukraine macht auch ihn ratlos.

Peter Weishaupt, wie sehr überraschte Sie der Angriff auf die Ukraine?

Das war schon ein Schlag. Wir hatten grosse Hoffnungen auf die internationale Friedensordnung auf die kollektive Sicherheit im Rahmen der UNO, dass man einen solchen Krieg nicht mehr erleben muss, dass man Konflikte eben nicht mehr national, sondern global angeht. Das betrifft ja nicht nur Kriege, sondern beispielsweise auch ökologische Themen. Diese Hoffnung wurde durch den Angriff auf die Ukraine zerschmettert.

Aber bewaffnete Konflikte gab's auch in jüngster Vergangenheit schon: Syrien, Afghanistan, Georgien, Armenien ...

Ja, auch sehr blutige. Aber das waren meist innerstaatliche Konflikte, Bürgerkriege oder gezielte Gewalt gegen bestimmte Gruppierungen oder Ethnien wie die Kurden im Irak oder gegen die Islamisten in Tschetschenien oder Afghanistan. Das waren aber keine territorialen Kriege im herkömmlichen Sinn, nicht Nationalstaat gegen Nationalstaat. Im Fall der Ukraine hat aber die grösste Atommacht ihren direkten Nachbarn angegriffen, mit dem klaren Ziel,

sein Territorium zu besetzen. Das hat's in dieser Form seit dem letzten Weltkrieg nicht mehr gegeben. Doch Putin hat damit auch den durch die UNO institutionalisierten Konsens zerstört, dass nationalstaatliche Differenzen und Grenzstreitigkeiten nicht mehr mit Panzern oder Raketen gelöst werden können.

Sie sprechen von „kollektiver Sicherheit im Rahmen der UNO“ ...

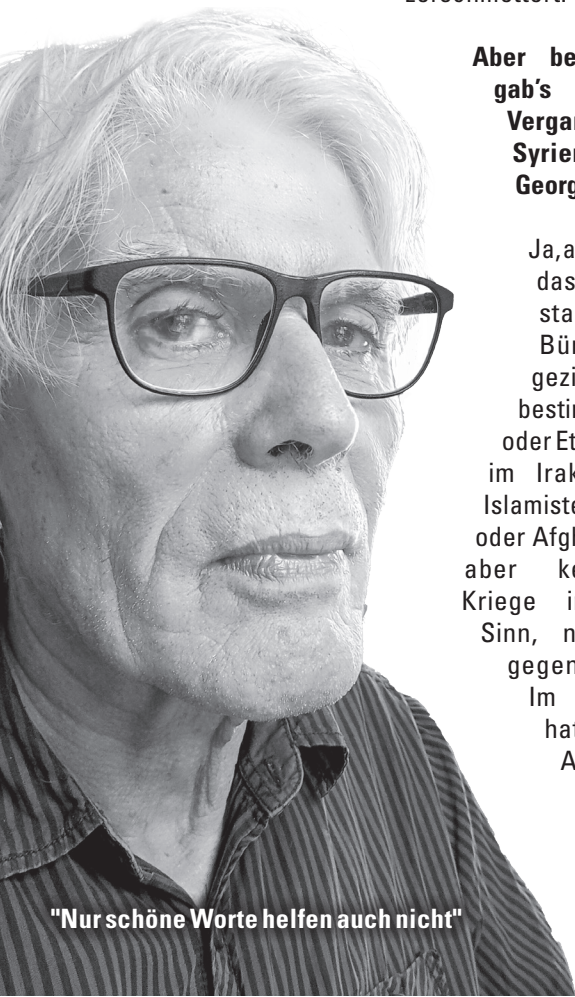
Das bedeutet, dass die staatliche Souveränität der einzelnen Länder akzeptiert und respektiert wird. Dass man versucht, Sicherheit als ein gemeinsames Gut zu gewährleisten und nicht als eines einzelner Nationalstaaten. Das ist vergleichbar mit der Polizei innerhalb eines Staates, die Sicherheitsaufgaben für alle Bewohnerinnen und Bewohner übernimmt. Die UNO schafft einen kontrollierten Rahmen für Konfliktlösungen, ohne dass die einzelnen Staaten mit ihren Armeen aufeinander losgehen. Bei innerstaatlichen Konflikten oder Bürgerkriegen ist das natürlich viel schwieriger, aber selbst in solchen Fällen hat die UNO in der Vergangenheit schon Einfluss genommen und interveniert, wie beispielsweise auf dem Balkan oder in Afrika. Das ist eine äusserst schwierige Aufgabe, und sie zu lösen, gelingt längst nicht immer. So sind über die Jahrzehnte viele Resolutionen beispielsweise zu Israel bereits im Sicherheitsrat gescheitert. Doch das kann keinesfalls bedeuten, dass man es nicht weiter versucht und Kriege als Konfliktlösung toleriert. Das betrifft übrigens nicht nur den direkten Konflikt, sondern auch die Rüstungskontrolle.

Und dennoch braucht auch eine konsensbasierte Institution wie die UNO Massnahmen zur Durchsetzung ihrer Beschlüsse. Und das bedeutet konsequenterweise Gewaltanwendung oder zumindest die Androhung von Gewalt gegen unkooperative Mitglieder.

Das ist eine äusserst schwierige Frage, und es gibt und gab unterschiedliche Formen, wie die UNO tatsächlich auch mehr oder weniger gewaltsam intervenieren kann. Zum Beispiel kann sie den Einsatz einer Allianz mehrerer Länder legitimieren, wie im Irak, oder aber sie schickt eigene Blauhelmskräfte, etwa zur Überwachung eines Waffenstillstandes. Tatsächlich hätte die UNO beispielsweise in Syrien intervenieren sollen, als Assad Chemiewaffen einsetzte. Man stelle sich vor: Chemiewaffen, die seit Jahrzehnten geächtet und verboten sind! Da wäre eine Intervention absolut legitim gewesen. Tatsächlich flackert die Diskussion um die Schaffung von „echten“ UNO-Truppen immer wieder auf, die auch „robuste“ Einsätze leisten könnten, also im Gegensatz zu den Blauhelmen tatsächlich einen Kampfauftrag hätten.

Und im Falle der Ukraine? Bräuchte es da eine „robuste“ Antwort der UNO?

Das würde schon allein wegen des Vetorechts sehr schwierig. Russland hat ja einen ersten Versuch im Sicherheitsrat bereits abgeblockt. Ich bin ohnehin der



"Nur schöne Worte helfen auch nicht"

Meinung, dass das Vetorecht der fünf grossen Atomkräfte China, USA, Russland, Frankreich und Grossbritannien abgeschafft gehört. Denn es ist klar, dass die UNO stärker gegen einen Völkerrechts-Verstoss vorgehen können muss, als dies aktuell möglich ist. Immerhin hat wenigstens die UNO-Generalversammlung den russischen Angriff verurteilt. Aber sie kann keine Massnahmen oder Sanktionen ergreifen wie der Sicherheitsrat. Sie kann auch keine Koalition von Mitgliedsländern legitimieren, militärisch einzugreifen.

... also ist der Sicherheitsrat praktisch gelähmt.

In gewisser Weise ja. Ich setze aber grosse Hoffnungen in die Schweiz, die ja demnächst für zwei Jahre in den Sicherheitsrat gewählt werden soll. Die Schweiz sollte sich unbedingt für Reformen stark machen. Einerseits dafür, dass die UNO bei schwerwiegenden Verstössen gegen das Völkerrecht „robustere“ Mittel einsetzen kann, andererseits dass das Vetorecht der Grossmächte abgeschafft oder zumindest eingeschränkt wird.

Müsste der Sicherheitsrat aktuell in der Ukraine „robustere Mittel“ einsetzen?

(zögert) Ja, vermutlich. Das ist natürlich ein sehr schwieriges Thema. Aber welchen Sinn macht eine internationale Sicherheitsordnung, wenn man sie nicht durchsetzen kann? Zudem fördert man die Militarisierung der einzelnen Staaten, da sie sich nicht mehr auf den Schutz der UNO verlassen können. In diesem Sinne ist eine militärische Stärkung der UNO Voraussetzung für die Demilitarisierung einzelner Länder.

Viele Staaten reagieren auch ohne UNO-Resolution. Sie kaufen kein Gas mehr, frieren Vermögen ein oder laden kurzerhand russische Opernsängerinnen wieder aus ...

... was natürlich nicht unproblematisch ist. Sanktionen müssen gezielt gegen jene gerichtet sein, die verantwortlich sind, also Regierungen, Eliten und Militär. Allzu oft treffen Sanktionen aber vor allem das Volk. Aber beispielsweise Vermögen zu blockieren, ist bestimmt ein wirksames Druckmittel. Das sind zivile Mittel, die viele Russlandsympathisanten bereits als kriegerische Handlung bezeichnen. Das ist meiner Meinung nach völliger Unsinn. Sanktionen kann man jederzeit aufheben. Das geht mit einem militärischen Einsatz nicht, der ist unumkehrbar.

Aber auch bezüglich direkter militärischer Hilfe gibt es im Falle der Ukraine viele Länder, die Waffen oder – zumindest inoffiziell – „Personal“ und Know-how nach Kiew schicken. Ist das in Ordnung?

Waffen zur Verteidigung, ja! Das ist natürlich ein Minenfeld. (legt eine kurze Denkpause ein) Aber ja, wenn man vom Prinzip einer internationalen Sicherheitsordnung ausgeht und es respektiert, ist das ... (zögert) mehr oder weniger in Ordnung. Ob's richtig ist, ist eine andere Frage. Aber nur schöne Worte und ein paar Sanktionen helfen auch nicht wirklich. Wie gesagt, es könnte sogar das Gegenteil begünstigen: dass mehr derartige Konflikte entstehen, sich ausweiten oder angegriffene Länder wie die Ukraine sogar gänzlich vernichtet werden. Passivität ist bestimmt keine Lösung.

Es gibt ja diverse Stimmen, die die Ukraine zum Aufgeben auffordern, gerade aus pazifistischen Gründen, weil dies den Krieg beenden würde.

77 Jahre für den Frieden

Gegründet Ende 1945 bündelte der Schweizerische Friedensrat gut 20 pazifistische Organisationen, die sich nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges für die Einigung Europas inklusive Schweiz und deren Beitritt zur UNO einsetzten. Wesentliche Themen im Laufe der letzten 77 Jahre waren der Kampf für die Einführung eines Zivildienstes für Militärverweigerer, der Protest gegen die atomare Aufrüstung der Schweiz und gegen den Vietnamkrieg, er wehrte sich gegen die Stationierung von NATO-Mittelstreckenraketen in Europa, unterstützte diverse Volksinitiativen unter anderem für ein Waffenausfuhrverbot oder die Ausweitung der Waffenplätze. Heute engagiert sich der SFR verstärkt in der Friedens- und Menschenrechtsbildung, propagiert das System der kollektiven Sicherheit der UNO und betreut die schweizerische Kampagne gegen Kleinwaffen. Ausserdem ist der Schweizerische Friedensrat auch Herausgeber der vierteljährlich erscheinenden Friedenszeitung.

Kapitulation ist das Gegenteil von Pazifismus! Es ist, ich kann's nicht anders sagen, eine Schweinerei, Pazifismus so zu verhöhnen. Die Verteidigung gegen einen Aggressor ist eine legitime Haltung. Die muss übrigens nicht unbedingt militärisch sein, sondern auch gesellschaftlich. Als ich vor über 50 Jahren in die Friedensarbeit eingestiegen bin, erschien gerade ein Buch des Friedensrates über „Soziale Verteidigung“, das mich sehr beschäftigte. Eine Gesellschaft, die sich mit zivilen Mitteln gegen einen Feind wehrt, die Kooperation verweigert, Anordnungen nicht befolgt, eben zivilen Ungehorsam lebt. Das funktioniert allerdings nur, wenn ein Volk, eine Gesellschaft geschlossen mitmacht. Und hier liegt auch der Haken. Falls nicht, fördert

es Denunziantentum und verschärft die Gewalt und Unterdrückung zusätzlich. Zudem muss man „Soziale Verteidigung“ planen und vorbereiten.

Gibt's eine pazifistische Lösung des Ukraine-Konflikt?

Vermutlich nicht. Ich befürchte, dass man auf gewaltfreiem Weg nicht mehr viel tun kann. Die Weltgemeinschaft müsste zumindest den Verteidigungskampf der Ukraine legitimieren und unterstützen können. Doch das funktioniert unter dem aktuellen Veto-System im Sicherheitsrat nicht. So oder so geht's in der Ukraine ohne Gewalt vermutlich nicht mehr.

Das klingt, als ob Friedensarbeit mit dem ersten Schuss oder der ersten Bombe endet. Ist ein kriegerischer Konflikt ohne Gewalt überhaupt noch zu lösen oder zu stoppen?

In vielerlei Hinsicht ist es dann tatsächlich zu spät. Friedensarbeit zielt ja darauf, solche Konflikte zu verhindern. Sie ist also im Grunde gescheitert, wenn Gewalt dennoch losbricht. Selbstverständlich wäre ein Waffenstillstand ein grosser Erfolg. Mit Frieden hat dies jedoch nichts zu tun. Selbst wenn die Waffen nachhaltig schweigen, beginnt Frieden erst danach, mit der Versöhnung und dem Bestreben, gewaltfrei miteinander zu leben.

Davon ist die Ukraine im Moment weit entfernt. Im Gegenteil, Manche sehen den russischen Angriff als möglichen Beginn des Dritten Weltkrieges inklusive Atomkrieg.

Ich bin diesbezüglich sehr zurückhaltend. „Dritter Weltkrieg“ tönt für mich grundsätzlich nach Propaganda, nach einer Drohung, um die eigenen Ziele zu erreichen. Die Situation ist anders als im Kalten Krieg, als sich sozialistischer Osten und kapitalistischer Westen als Blöcke gegenüberstanden. Auch China lässt sich nicht mehr in dieses Schema pressen. Andererseits lässt sich ein Krieg nicht kontrollieren, eine Eskalation, wie beispielsweise der Einsatz von Chemiewaffen ist also durchaus möglich. Auch hat der Kreml sogar offen mit dem Einsatz von Nuklearwaffen gedroht. Eine Ungeheuerlichkeit und bislang einmalig in der Geschichte. Immerhin hat Moskau die Aussage wieder relativiert. Aber das gehört zur Strategie und muss nichts bedeuten.

Das tönt insgesamt nicht sehr optimistisch.

Ich habe tatsächlich keine Antwort und auch keine realistische Idee, wie der Konflikt auf vernünftige Weise zu lösen ist. Immerhin gibt es auch ein paar kleine Lichtblicke neben dem Hauptgeschehen. Zum Beispiel, dass dem Westen seine Abhängigkeit von russischem Gas und Öl bewusst geworden ist und nun vermutlich die Umstellung auf nichtfossile, auslandsunabhängige Alternativen beschleunigt. Nicht, dass ich uns dafür einen Krieg gewünscht hätte, aber vielleicht hilft's wenigstens dem Klimaschutz. Das andere ist, dass die Schweiz ihre komische Interpretation der Neutralität nun endlich aufgeben musste. Sie kann es sich nicht mehr leisten, abseits zu stehen, und ihren Opportunismus als Neutralität darzustellen. Das kritisierten wir seit Jahrzehnten.

Wir stehen vor Ostern, an denen es auch in der Schweiz traditionelle Friedensmärsche gibt. Unter anderem in Bern und am Bodensee. Der Ukraine-Konflikt dürfte wohl zusätzliche Teilnehmerinnen und Teilnehmer mobilisieren.

Gut möglich. Wobei ursprünglich Klimagerechtigkeit und Klimaschutz als Themen geplant waren. Aber selbstverständlich wird es noch Änderungen oder Ergänzungen geben. Ich kann mir gut vorstellen, dass sich der Protest der Friedensbewegung dieses Jahr, aber auch in den kommenden Jahren, wieder vermehrt gegen Rüstung und Atomwaffen richten wird. Also wieder zu ihren Ursprüngen zurückkehrt.

Das Interview mit Peter Weishaupt führte Dani Hösli am Dienstag, 29.3.2022. Bilder: Hösli

Mehr im web:
friedensrat.ch



"Kapitulation ist nicht pazifistisch"